

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresden-Nachrichten
Vertrieblicher Sammelnummer: 28 241.
Preis für Nachdrucke: 20 Pf.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. März 1926 von täglich auszuhändigen Ausgaben: 10 Pf. mit
Postbezugspreis für Monat März 3 Marca ohne Postzulassungserlaubnis.
Sammelnummer: 10 Pfennig.

Die Ausgaben werden nach Goldmark berechnet: ein einzahliges 10 Pf. mindestens
Zelle 30 Pf., ab auswärts 35 Pf. (Familienausgabe und Sonnende unter 10 Pf.)
Rabat 10 Pf. außerhalb 20 Pf. d. 90 mindestens 15 Pf.
außerhalb 200 Pf. (Ostpreußen 10 Pf. Mindestaufwand 100 Pf. ohne Voranzeige.)

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
marianus & Co. G.m.b.H.
Druck u. Verlag von Steinkopf & Reichen in Dresden.
Polizeikontor 1005 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellen-nachr. "Dresdner Nachrichten" unerlaubt. Schriftlich werden zum urheberrecht.

Gretsemanns Reichstagsrede über Genf.

Der deutsche Standpunkt: Keine Völkerbundsumkonstruktion jetzt, Bereitschaft zur Mitarbeit.

Der Reichsfinanzminister schlägt Änderungen seines Steuerprogramms vor. — Die Außenhandelsbilanz im Februar.

Die Verfeindigung der Genfer Delegation.

Berlin, 22. März. Die Diplomatenloge und die übrigen Tribünen des Reichstages sind schon lange vor Beginn der Sitzung stark besetzt, während der Sitzungssaal sich nur langsam füllt. Die Mitglieder des Kabinetts mit dem Reichskanzler an der Spitze sind zum großen Teil erschienen. Der Eintritt in die Tagesordnung wird auf Antrag des Abgeordneten (B.) beschlossen, mit dem auf der Tagesordnung stehenden Staats des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes, die zu dem Genfer Verhandlungen vorliegenden Unterredungen zu verbinden.

Bei nur mäkinis befehltem Saale erktattet zunächst Abgeordneter (D.-R.) den Bericht des Haushaltungsausschusses über den Haushalt des Auswärtigen Amtes. — Dann nimmt der

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

sein Wort zu folgenden Ausführungen: Am Augenblick ist es meine Aufgabe, über die Genfer Vorfälle zu berichten. Das ist um so notwendiger, als ich zu meinem großen Bedauern feststellen mußte, daß sogar das arbeitsame Landesparlament in einer Beratung über Genf eingetreten ist, ohne überhaupt eine Darlegung der Regierung abzuwarten. (Sehr, hört! links.)

Aus der Vorgeschichte der Genfer Verhandlungen war besonders bemerkenswert, daß der Völkerbundsrat als geschlossene Kooperativität im Februar 1925 den Wunsch aussprach, mit Deutschland im Rate zusammenzutreffen. Deutschland hat sich nach Überwindung schwerer grundlegender Bedenken zum Eintritt in den Völkerbund entschlossen, aber es hat sich seinerseits nicht dazu gedrängt. Zweimal ist Deutschland gescheitert worden; einmal aus der Völkerbundversammlung 1924 heraus, daß zweite Mal auf Wunsch der Mächte, die den Locarno-Frieden nur unter der Bedingung des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund ablehnen wollten. Daraus entstand die Pflicht dieser Mächte, ihrerseits alles zu tun, was dieses Interesse des Locarno-Verträge ermöglichte, nachdem die Welt die Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerbund als Kernstück der Locarno-Verträge bezeichnet hatte. (Sehr richtig!)

Um so seltsamer war es, daß kurz nach dem Erkennen Deutschlands um Aufnahme jene offiziellen Mitteilungen aufzutragen, die davon sprachen, daß eine Konstruktion des Völkerbundsrates erfolgen könnte, daß drei Mächte Anspruch darauf erhoben, ständige Ratsmächte zu erhalten, daß angebliche Versprechungen gemacht worden waren für die Beteiligung dieser Ratsmächte. Der Deutsche Reichstag hat sich im Auswärtigen Ausschuß am 10. Februar mit dieser Situation beschäftigt. Die Entschließung der großen Mehrheit des Ausschusses ging dahin, daß Deutschland entsprechend den geplünderten internationalen Verhandlungen und den dabei gegebenen Zusagen bei der bevorstehenden Tagung des Völkerbundes bei seinem

Anspruch auf den ständigen Sitz

betonen müsse, und daß damit eine weitere Bindung für die Zusammenarbeit des Völkerbundsrates nicht verbunden sei. Die Stellung der Reichsregierung selbst ist in der Rede des Reichskanzlers in Hamburg festgelegt worden. Die Situation bei dem Eintreffen der deutschen Delegation in Genf war: die Völkerbundversammlung stand, wie sich aus den Aussprüchen ergab, allgemein unter dem Eindruck, daß die

Aufnahme Deutschlands das einzige Ziel der Versammlung sei. Gegen die Zustimmung zu den bekannt gewordenen Ansprüchen Spaniens, Brasiliens und Polens hatte sich ein starker Widerstand erhoben. Am stärksten litten er in der öffentlichen Meinung Englands selbst zu sein. Die schwedische Regierung hat der deutschen Regierung und anderen Regierungen offiziell mittheilen lassen, daß sie gegen jede Vermeidung der ständigen Ratsmächte stimmen würde, auch wenn sie mit ihrem Heim allein bliebe. Es war weiter die Tendenz der englischen Politik erkennbar, alles zu tun, um die Aufnahme Deutschlands zu ermöglichen. Angesichts dieser Situation und der offiziellen Erklärung der schwedischen Regierung konnte die deutsche Delegation Berlin mit dem Gefühl verlassen, daß die deutsche Delegation gegen eine Anerkennung der Konstruktion des Rates praktisch in negativer Form gescheitert sei. In den Verhandlungen erwies sich auch, daß diejenigen Ansprüche, die sich auf eine Anerkennung der Konstruktion des Völkerbundsrates bezogen, sich nicht durchsetzen konnten.

Die deutsche Regierung hat vor ihrer Abreise nach Genf von dem Augenblick an, als das Beobachten anderer Mächte nach ständigen Ratsmächten bekannt wurde, in allen Staaten auf das stärkste gearbeitet und ihren Standpunkt zur Sitzung gebracht. Im Laufe dieser diplomatischen Aktion hat der Chamberlain angeregt, diese Frage in Genf unter den Locarno-Mächten zu besprechen und abzuschließen. Noch vor der Völkerbundssitzung stand die erste entscheidende

Vertretung der an dem Rheinlandpakt beteiligten

Mächte

holt. Dabei war die Situation von vornherein dadurch erschwert,

dah in Frankreich das Kabinett Briand plötzlich ge-

zurückt worden war. Ich habe vereinzelt Stimmen der

deutschen öffentlichen Meinung gelesen, daß dieser Umstand des

Kabinetts ein Manöver gewesen sei. (Sehr richtig! rechts, Vaden links.) Diese Annahme ist völlig abwegig und wird von niemanden ernst genommen, der das Wirken des französischen Ministerpräsidenten in Genf gesehen hat. In der Diskussion in Genf ist der deutsche Reichstag mit aller Entscheidendheit vertreten worden. Die deutsche Delegation hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß eine Vermehrung der Ratsmächte in Genf die Jurisdiktion des deutschen Aufnahmegesetzes zur Folge haben würde. Von irgendeinem früher bekannt gewordenen Anspruch auf einen ständigen Sitz für Polen konnte nicht die Rede sein. Aber wenn den anderen Staaten, Spanien und Brasilien, in irgendeinem früheren Stadium gesagt worden war, daß beim Eintreffen einer Großmacht, die einen ständigen Sitz erhält, dann auch ihre Ansprüche aufsehen würden, so könnte sich doch naturgemäß eine derartige Fazit nur beziehen auf den Termin einer ordentlichen Sitzung des Völkerbundes, in der die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund auf der Tagesordnung stand.

Bei der Beantwortung des deutschen Schreibens wäre doch der Augenblick gewesen, wo diese Ansprüche der anderen Mächte uns mitgeteilt werden müssten. (Sehr wahr!) Wir haben die ganze Frage unter einem anderen Gesichtspunkte betrachtet, als unter dem, ob diese oder jene Nation jetzt daran sei, einen Sitz im Völkerbundsrat zu erlangen. Man hat uns mitgeteilt, daß es der Wunsch weiter Kreise des Völkerbundes sei, eine Vergleichung des Rates herzuführen, da die Zahl der dem Völkerbund angehörenden Mächte doch ständig gewachsen sei. Wir haben nicht grundsätzlich ablehnen können diesen Dingen gegenüber Stellung genommen, aber doch zweifellos darüber gelassen, daß diese Frage erst ihre grundsätzliche Regelung im Rate selbst finden müsse. Wir haben deshalb folgende Fragen ausgeworfen:

1. Soll eine Maximalgrenze festgesetzt werden für die Gesamtzahl der Sitz im Völkerbundsrat, d. h. soll Klarheit geschaffen werden, aus wieviel Mitgliedern dann der Rat bestehen soll?

2. Soll das Verhältnis der ständigen Sitz zu den nichtständigen Sitz geregelt werden? Eine Vermehrung der ständigen Sitz ist natürlich eine Vermehrung der Sitz der großen Nationen gegenüber den kleinen.

3. Soll der bisherige Modus über die Wahl der ständigen Sitz beibehalten oder geändert werden?

4. Ist es beabsichtigt, für die nichtständigen Sitz einen Turnus einzuführen?

5. Soll es möglich sein, daß sich Gruppen zusammen schließen im Völkerbund, die als Gruppen eine Vertretung haben, oder soll die Vertretung im Rate lediglich die freie Vertretung des Einzelstaates sein?

Erst wenn alle diese Fragen grundsätzlich geregelt worden waren, könnten wir zu der Frage Stellung nehmen, welche Mächte bei einer Vermeidung des Rates nach diesen oder jenen Grundsätzen in Betracht kommen. Wir könnten aber auch nicht von außen her, ohne Mitglied des Völkerbundes zu sein, zu all diesen Gedanken Stellung nehmen. — Der Minister geht dann auf

die in Deutschland geführte Kritik an den Genfer Verhandlungen

ein. Man kann kritisieren, daß von deutscher Seite überhaupt die Anerkennung zu einer solchen Erörterung der grundlegenden Fragen gegeben worden ist. Gerade jetzt, nach dem negativen Ausgang von Genf, sei darauf hingewiesen worden, und zwar von dem Abgeordneten Windler im Preußischen Landtag, daß die Beziehungen zu Brasilien, Spanien und anderen Staaten jetzt verschlechtert worden seien. Eine Kritik an dem negativen Ausgang könnte in diesem Zusammenhang aber doch nur jemanden über, der für den bedingungslosen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gewesen sei. (Sehr wahr!) Wenn wir auf unserem Veto beharrten, führt der Minister fort, dann kann man uns daraus nicht den Vorwurf machen, daß die Beziehungen zu anderen Mächten sich verschlechtert hätten. Ich weise die Kritik zurück, die an unserem Vorschlag gestellt worden ist.

eine Kommission zu bilden,

die die grundlegenden Fragen der Vermeidung des Völkerbundsrates prüfen soll. Dieser unter Vorschlag stand durchaus im Zusammenhang mit unseren Absichten, außerdem wollten wir zum Ausdruck bringen, daß Deutschland Prinzip nicht war, wenn es erst im Völkerbund sah, dann die Tür gegen jeden anderen Staat, der etwa noch in den Rat hineinwollte, zuschlagen. — Es hat in der deutschen Öffentlichkeit auch den Anschein erweckt, als wenn manche Kreise von uns etwas so kompliziert auf jene Staaten herabsehen, die in anderen Erdteilen liegen und mit unserer Zivilisation wenig bekannt sind. Das halte ich für einen großen außenpolitischen Fehler. Es durfte nicht der Eindruck erweckt werden, daß der Völkerbund eine Angelegenheit sei, in der europäische Mächte die Herrschaft über andere Länder anmaßen. Der Völkerbund muß in seiner wahren Gestalt ein Weltvölkerbund sein.

Wenn wir nicht von vornherein zum Ausdruck gebracht hätten, daß unter Widerstand kein Prinzipieller war, so würde die Weltöffentlichkeit sich viel verderbt gegen uns eingesetzt haben, während man so einst sagen kann, daß der überwiegende Teil der Weltöffentlichkeit volles Vertrauen für den Standpunkt Deutschlands bewiesen hat.

Ich mache diese Ausführungen speziell aus dem Grunde, weil sich während der Verhandlungen in Genf zeigte, daß sofort von anderen Ländern Ansprüche gemacht wurden; u. a. erklärte China, daß es als ein 450-Millionen-Volk einen Anspruch prinzipiell erheben müsse. — Nachdem wir erklärt hatten, daß wir außerstande seien, irgendwie den Standpunkt zu akzeptieren, daß schon jetzt eine Vermehrung der Zahl der Ratsmächte stattfände, wurde Englands Stellung dahin präzisiert, daß wenn Deutschland auf seinem Standpunkt beharrte, England bereit sei, gegen Spanien, Brasilien, Polen und Südafrika zu stimmen. Ein anderer Vorschlag sah darin: Deutschland erhält seinen ständigen Ratsitz, aber es wird die Schaffung einer neuen Konstruktion des Rates erwochen in dem Sinne, daß die nichtständigen Sitz vermehrt werden.

Tobel erklärte Frankreich und England, sie würden sich mit ganz großer Kraft dafür einsetzen, daß Polen einen neuen Sitz erhielte. Auch dieser Vorschlag haben wir prinzipiell befürwortet. Hier liegt die endgültige Entscheidung beim Völkerbund selbst. Als Polen das letztemal kandidierte, erhielt sein Vorschlag nur 14 von 48 Stimmen.

Jegendeine Sicherheit für den Ausgang war also nicht gegeben. Der Vorschlag war ausgegangen von dem Gesichtspunkt der Herstellung des Gleichgewichts zwischen ständigen und nichtständigen Mitgliedern; Deutschland erholt durch den ständigen Sitz Einfluss, die Stellung der Großmächte wird dadurch verstärkt. Was ist verhältnislicher, als daß diejenigen Mächte, die nicht über einen ständigen Sitz verfügen, ihrerseits eine neue Vertretung erhalten wollen? Wir haben eine kurze Bedenzeit ausgebaut und nun für die Abstimmung auch dieses Vorschlags entschieden. Hätten wir eine Änderung der Konstruktion des Völkerbundsrates angesetzt, dann wäre auch unser Standpunkt in bezug auf die nichtständigen Sitz erüttelt worden, und wir hätten unsere grundlegende Einstellung aufgegeben. Daraufhin trat eine sehr starke Aenderung der Stimmung ein, auch in der englischen und zum Teil auch in der amerikanischen Presse. Demgegenüber haben wir untenen gesamten

Standpunkt: Aenderung einer leichten konstruktiven Aenderung, prinzipielle Bereitschaft, mitzuarbeiten,

noch einmal dargelegt. Tatsächlich aber fiel mit der Abstimmung dieses Vorschlags auch der Vorschlag der Gegenseite. Was uns in dieser Situation zu Vorschlägen veranlaßt hat, das war der fortgesetzte Versuch, in diesen Fragen die ganze Verantwortlichkeit auf Deutschland zu lenken. Es war das Gegebene, sich erst zu versichern, ob überhaupt die Einigung möglich zustande käme, und erst dann an Deutschland heranzutreten, anstatt so zu tun, als ob Deutschland der Vorschlag Schwedens wäre. (Sehr wahr!) Die Auffassung Schwedens in dieser Frage ist von Anfang an eine völlig selbständige gewesen.

Nun war aber die schwedische Delegation zu der Überlegung gekommen, ob nicht der Wunsch nach Schaffung eines neuen Sitzes durch ein Opfer Schwedens erfüllt werden könnte. Wir haben den ideellen Gesichtspunkt Schwedens und eines Mannes wie Under gewürdigt. Aber als Schweden in dieser Situation uns fragte, wie wir zu einer solchen Sitz stehen würden, haben wir nach einer Bedenzeit nicht gesagt, ihnen zu sagen, daß dieses Opfer vergeblich sein würde, da unweigerlich Deutschland ein formelles Einpruchsrecht gegen die Niederlegung des Mandats nicht zukäme, daß aber beim Eintritt eines der Entente nahestehenden Staates der politische Charakter des Völkerbundes so änderte werden würde, daß das für uns unerfreuliche Ergebnis sein würde, in der Gesamtgestaltung des Völkerbundsrates. Diese Stellung einzunehmen gegenüber Schweden und gegenüber dem Völkerbund ging ungefähr bis an die Grenze, was Deutschland in dieser Situation an Verantwortlichkeit noch auf sich nehmen konnte. Nach dieser neuen Erklärung der deutschen Delegation sind dann noch andere Vorschläge von den Gegenparteien gemacht worden. Um eine bessere Lösung zu finden, erwuchs jener Gedanke, Schweden dürfe nicht allein mit ihm müsse noch ein neutraler Staat verzichten. Darauf kam am nächsten Tag der Bericht der Tschecho-Slowakei, wobei an Stelle von Schweden eine andere neutrale Macht und an Stelle der Tschecho-Slowakei eine in demselben Verhältnis zur Entente stehende Macht gewählt werden sollte, falls Deutschland damit einverstanden ist.

Wenn Sie diese Darlegungen objektiv sehen, werden Sie doch als Tatsache anerkennen müssen, daß

die deutsche Delegation bis zur äußersten Stärke an den Grundsätzen festgehalten hat, mit denen sie nach

Genua gelaufen sind. Obwohl eine starke Verantwortung bestand, daß daran das Ganze brechen könnte. In dieser Situation kam die Mitteilung des brasilianischen Vertreters. Damit war überhaupt der Ausgangspunkt der ganzen Stellung Deutschlands: die Zustimmung der zehn Ratsmächte an dem ständigen deutschen Sitz zerbrochen. Brasilien stand nicht mehr, wie er ausführte, hauptsächlich gegen eine Europäisierung des Völkerbundes wenden müssen. Und dann kam ein viel beachteter Satz, der dem Sinne nach ließ: Der Völkerbund dürfe nicht eingebaut werden in das Locarno-Werk, sondern das Locarno-Werk müsse eingebaut werden in den Völkerbund.